

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner,
Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Winfried Wolf und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3085 –**

Nigeria-Reise von Außenminister Joseph Fischer

Der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, reiste Ende März u. a. nach Nigeria. Es handelte sich um die erste Reise eines Bundesministers in das Land seit dem Ende der Militärdiktatur 1998.

Im Mai 1999 wurden im bevölkerungsreichsten Land Afrikas, das gleichzeitig eines der 30 ärmsten Länder der Welt ist (Human Development Report 1999), Wahlen durchgeführt, die den Beginn einer demokratischen Entwicklung einleiten sollten. Schon vor den Wahlen waren viele politische Gefangene freigelassen worden, noch immer aber sind zahlreiche, politische und auch „nicht politische“ Gefangene ohne Anklage oder Prozess in Haft, was rechtsstaatlichen Kriterien in keinsten Weise genügt. Die Haftbedingungen sind katastrophal.

Zwar sind inzwischen Grundrechte wie Versammlungs- und Redefreiheit in Teilen des Landes garantiert. Es ist (eingeschränkt) möglich, politische Parteien zu gründen, Menschenrechts-, Umwelt- und andere Basisgruppen können ihrer Arbeit nachgehen. Präsident Olusegun Obasanjo plant, Bildung, Ausbildung und Gesundheitsversorgung im Land zu verbessern und hat der Korruption den Kampf angesagt. Die Situation ist aber für große Teile der Bevölkerung weiterhin äußerst prekär. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei unter 1 000 DM/Jahr, die Lebenserwartung bei 55 Jahren; ein großer Teil der Bevölkerung ist von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Defizite sind vorhanden in den Bereichen Transparenz, Korruption und Partizipation der Zivilbevölkerung: z. B. sind an der dringend nötigen Reform der derzeit gültigen, noch vom Militär erlassenen Verfassung nur die drei zugelassenen und im Parlament vertretenen Parteien beteiligt – die lediglich die größten der über 250 Ethnien Nigerias repräsentieren –, nicht aber die Zivilgesellschaft. Die versprochene Umsetzung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking lässt auf sich warten.

Nigeria ist ein Land, das reich ist an Bodenschätzen und dessen Wirtschaft auf den Erlösen der Erdölförderung basiert. Die ungleiche Verteilung dieser Einnahmen allerdings ist in der Vergangenheit Ursache gewalttätiger Konflikte

gewesen und ist das auch noch heute. Die Bevölkerung des ölreichen Nigerdeltas profitiert kaum von den Einnahmen. Neben ihrer infrastrukturellen Benachteiligung, die sich u. a. in Massenarbeitslosigkeit, schlechter medizinischer Versorgungs- und Bildungssituation äußert, leidet sie unter einem durch die Ölförderung hervorgerufenen ökologischen Desaster. Die neue Niger Delta Development Commission arbeitet ohne jede Partizipation von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Völker des Niger-Deltas. Diese Situation hat bis heute immer wieder zu Protesten seitens der Bevölkerung geführt, die, auch unter Präsident Olusegun Obasanjo, durch Militär und Polizei unterdrückt wurden; z. T. unter massiven Menschenrechtsverletzungen. So sind laut Presseberichten seit Ende Mai 1999 mindestens 1000 Menschen ums Leben gekommen.

Seit seiner Unabhängigkeit 1960 wurde Nigeria 28 Jahre von einer Militärdiktatur beherrscht, wobei das Militär von Angehörigen des größten nigerianischen Volkes, den im Norden ansässigen muslimischen Hausa-Fulani, dominiert wurde. Eine kleine, im Wesentlichen militärische Elite hat sich an den staatlichen Einnahmen persönlich bereichert und einen großen Teil dieser Gelder außer Landes geschafft, u. a. in die Schweiz und möglicherweise in die Bundesrepublik Deutschland (Handelsblatt und Tagesspiegel vom 1. Februar 2000).

Seit dem Machtwechsel kommt es in Nigeria zu Auseinandersetzungen, die an Härte zurzeit eher zunehmen. Nur scheinbar handelt es sich um ethnische und/oder religiöse Konflikte – tatsächlich müssen diese als Verteilungskämpfe und Kämpfe um Macht charakterisiert werden: die militärischen Eliten, die mehrheitlich aus den nördlichen Regionen stammen, verlieren an Einfluss; die bisher benachteiligte Bevölkerung des südöstlichen Niger-Deltas fordert endlich einen gerechten Anteil der Öleinnahmen. Die Einführung der Scharia in verschiedenen nördlichen Bundesstaaten wie auch Forderungen nach Unabhängigkeit im Südosten werden als Protest gegen die Politik der nigerianischen Regierung bewertet.

1. Mit welcher Zielstellung ist der Bundesminister des Auswärtigen nach Nigeria gereist?

Mit dem Besuch in Nigeria sollten die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert werden, die schon mit dem Staatsbesuch von Präsident Obasanjo im Dezember 1999 in Deutschland besonders gefördert worden waren. Die Bundesregierung unterstützt den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Stabilisierung in Nigeria seit dem Amtsantritt von Präsident Obasanjo im Mai 1999 sowohl durch Pflege der bilateralen politischen Beziehungen als auch durch die Förderung direkter Kontakte zwischen Parlamentariern, Wirtschaftsvertretern und Nichtregierungsorganisationen beider Länder.

2. Mit den Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten welcher politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Strukturen hat der Bundesminister des Auswärtigen gesprochen?

Aus welchen Regionen Nigerias?

Neben den politischen Gesprächen mit Präsident Obasanjo und Außenminister Lamido führte der Bundesminister Gespräche mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft in Nigeria sowie mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen wichtigen Regionen des Landes.

3. Ist Bundesminister Joseph Fischer von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Wirtschaft/der Zivilgesellschaft begleitet worden?

Wenn ja, von welchen?

Der Bundesminister des Auswärtigen ist auf seiner Afrika-Reise von sieben Mitgliedern des Bundestages sowie – in unterschiedlicher Zusammensetzung in den drei besuchten Ländern – von insgesamt über 30 Sondergästen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft begleitet worden (Liste als Anlage).

4. Welche Themen hat der Bundesminister bei seinem Besuch angesprochen?

Im Mittelpunkt der politischen Gespräche stand ein umfassender Meinungsaustausch mit Präsident Obasanjo und Außenminister Lamido über Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen sowie über Entwicklungen in Nigeria und in der Region.

5. Hat der Bundesminister des Auswärtigen die Menschenrechtssituation angesprochen?

Welche Aspekte?

- a) Hat er insbesondere das Militärmassaker in Odi am 20. November 1999 angesprochen?
- b) Inwiefern wird die Einschätzung der Regierung Obasanjo durch die Bundesregierung von diesen und anderen Ausschreitungen des Militärs im Niger-Delta beeinflusst?

Der Bundesminister hat sowohl die Fortschritte in der Menschenrechtssituation seit Amtsübernahme der demokratisch legitimierten Regierung von Präsident Obasanjo angesprochen als auch auf noch bestehende Probleme verwiesen. Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Nigeria sehr genau und wirkt auf eine weitere Verbesserung des Menschenrechtsschutzes hin.

6. Hat sich der Bundesminister des Auswärtigen auch mit nigerianischen Nichtregierungsorganisationen (z. B. CLO) getroffen?

Wenn ja, mit welchen?

Wenn nein, warum nicht?

Der Bundesminister hat an einem Rundtisch-Gespräch mit einer Vielzahl von nigerianischen Nichtregierungsorganisationen aus allen Teilen des Landes teilgenommen und ein Projekt der Christoffel-Blindenmission besucht.

7. Ist der Bundesminister auch in das Niger-Delta gereist, um sich selbst ein Bild von der Lage dort zu machen?

Wenn ja, hat er sich mit Organisationen der dortigen Bevölkerung getroffen (z. B. MOSOP, Ijaw Youth Council, Environmental Rights Action)?

Wenn nein, warum nicht?

Ein Besuch der Region konnte aufgrund der vielfältigen logistischen Probleme und der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit nicht realisiert werden.

8. Hat der Bundesminister des Auswärtigen das Problem des Frauenhandels von Nigeria nach Europa und insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland thematisiert?
- a) Was ist der Bundesregierung über das Ausmaß, die Akteure und die Rahmenbedingungen des Frauenhandels von Nigeria in die Bundesrepublik Deutschland bekannt?
- b) Welche Maßnahmen sind geplant, um dieses Problem zu bekämpfen?

Bereits während des Staatsbesuches von Präsident Obasanjo in Deutschland wurde ein möglichst baldiges Zusammentreffen der Innenminister beider Staaten vereinbart. Hierauf wurde in den Gesprächen des Bundesministers in Abuja verwiesen. In diesem Zusammenhang werden auch die in Frage 8 angesprochenen Probleme behandelt.

9. Wie plant die Bundesregierung die außenpolitischen Beziehungen zu Nigeria in der Zukunft zu gestalten?

Nigeria spielt aufgrund seiner Bevölkerungszahl und seines politisch-wirtschaftlichen Potenzials eine Schlüsselrolle für die Region und darüber hinaus für die Entwicklungen in Afrika. Die Bundesregierung unterstützt den 1998 eingeleiteten und im Mai 1999 mit der Amtsübernahme einer demokratisch legitimierten Regierung in Gang gekommenen Demokratisierungsprozess in Nigeria. Sie ist an engen und guten Beziehungen mit dem demokratisch erneuerten Nigeria interessiert und beabsichtigt, die bilateralen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Nigeria weiter zu intensivieren.

10. Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr des Zerfalls des nigerianischen Staates ein vor dem Hintergrund der in verschiedenen Presseberichten beschriebenen Forderungen nach Unabhängigkeit (vgl. u. a. die tageszeitung vom 14. Dezember 1999 und jungle world vom 22. März 2000)?
- a) Wie bewertet sie die Auseinandersetzungen um die Einführung der Scharia in verschiedenen Bundesstaaten?
- b) Sieht sie die Gefahr eines Zunehmens bürgerkriegsähnlicher Zustände?

Bundesminister Joseph Fischer hat in seinen Gesprächen mit der nigerianischen Staatsführung über die kürzlichen Unruhen in einzelnen Landesteilen im Zu-

sammenhang mit der Scharia-Problematik gesprochen und sich für die Einheit Nigerias auf der Grundlage eines friedlichen und toleranten Zusammenlebens der verschiedenen kulturellen, ethnischen und religiösen Bevölkerungsteile eingesetzt. Präsident Obasanjo hat erklärt, dass die Einheit des Landes und das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Ethnien und Religionen oberste Priorität für seine Regierung haben.

11. Hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse über die Verteilung der Einnahmen der Ölförderung gewonnen?
 - a) Trifft es zu, dass diese Gelder u. a. in Relation zu Bevölkerungszahlen an Bundesstaaten und Gemeindeverwaltungen verteilt werden?
 - b) Welche Mechanismen liegen der Verteilung der Einnahmen zugrunde?
 - c) Welche Institutionen/Gremien/Personen haben Einblick in den Prozess der Verteilung?
 - d) Wer trifft die diesbezüglichen Entscheidungen?

Die Erdölpolitik Nigerias war nicht Gesprächsgegenstand. Das Niger-Delta-Entwicklungsgesetz ist von beiden Kammern des Parlaments Mitte März 2000 verabschiedet worden und liegt dem Staatspräsidenten zur Unterzeichnung vor. Nach dem verfassungsmäßig verankerten Derivationsprinzip stehen den Delta-Bundesstaaten 13 v. H. der dort erwirtschafteten Einnahmen zu.

12. Gibt es in Nigeria bevölkerungspolitische Programme?

Ja.

- a) Wenn ja, zielen diese auf eine Senkung der Bevölkerungszahlen?

Ja.

- b) Welche Maßnahmen umfassen sie?

Die zuständigen Behörden führen verschiedene Aufklärungsprogramme durch.

- c) Werden sie aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt?

Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nigeria fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Projekt zur Verbesserung der Basisgesundheit in der Region Borgu. In diesem Projekt werden auch bevölkerungspolitische Maßnahmen durchgeführt.

13. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Verhalten der internationalen Ölkonzerne und der nigerianischen Regierung
- hinsichtlich der Transparenz bezüglich Fördermengen von Öl in einzelnen Gebieten und Gemeinden, Zahlen zu den Gewinnen aus der Ölförderung und zur Verwendung der Gelder sowie
 - hinsichtlich der Aufklärung über Sicherheitsrisiken und Gesundheitsgefährdung der lokalen Bevölkerung?

Hält die Bundesregierung Forderungen von Nichtregierungsorganisationen aus dem Niger-Delta an die Ölkonzerne nach Entschädigung für entstandene Umweltschäden und nach Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für gerechtfertigt?

Wenn ja, was unternimmt sie, um die Umsetzung der Forderungen zu befördern?

Wenn nein, warum nicht?

Deutsche Firmen sind in Nigeria weder in der Erdölexploration noch in der Erdölproduktion tätig. Die Einfuhr nigerianischen Erdöls nach Deutschland ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen; sie beträgt weniger als 1 v. H. der gesamten deutschen Rohölimporte. Von der EU wurden 21 Mio. Euro für die Förderung von Mikro-Projekten im Niger-Delta bewilligt, um einen Beitrag zum Abbau der Spannungen zu leisten.

14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die demokratische Entwicklung in Nigeria zu stützen?

Gibt es Hilfe zur Stärkung der Zivilgesellschaft?

Die Bundesregierung hat zu den demokratischen Wahlen in Nigeria im Frühjahr 1999 Wahlbeobachter im Rahmen einer EU-Mission entsandt. Sie hat darüber hinaus materielle Ausstattungshilfe für zivilgesellschaftliche Organisationen geleistet. Sie unterstützt die auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft ausgerichtete Tätigkeit der politischen Stiftungen.

15. Wie gestaltet sich die derzeitige Entwicklungshilfe für Nigeria (bitte nach Finanzieller Zusammenarbeit [FZ] und Technischer Zusammenarbeit [TZ] aufschlüsseln)?

Welche inhaltlichen Schwerpunkte gibt es dabei?

Im Rahmen der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nigeria befinden sich derzeit sechs Vorhaben mit einem zugesagten Gesamtvolumen von 52,5 Mio. DM in der Durchführung. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Basisgesundheits inkl. Familienpolitik sowie Beschäftigungsförderung.

Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit wurden für ein Lepra- und Tuberkuloseprogramm 18 Mio. DM zugesagt. Im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit wurden 34,5 Mio. DM zugesagt, u. a. für Berufsausbildungs- und Gesundheitsprogramme.

16. Was weiß die Bundesregierung über den vermuteten Transfer von Geldern des früheren Diktators Abacha nach Deutschland (Handelsblatt und Tagesspiegel vom 1. Februar 2000)?
- a) Ist die nigerianische Regierung schon an die Bundesregierung herangetreten mit der Bitte um Hilfe beim Auffinden von Fluchtgeldern?
- b) Gibt es von deutscher Seite bereits Aktivitäten in diese Richtung?
- Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- Wenn nein, warum nicht?
- c) Sind der Bundesregierung Verdachtsmomente bekannt, dass auch Abachas Vorgänger Babangida, der sich oft in Deutschland aufgehalten hat, größere Geldbeträge außer Landes geschafft haben soll (Handelsblatt und Tagesspiegel vom 1. Februar 2000)?
- d) Gibt es diesbezügliche Nachforschungen von Seiten der Bundesregierung?
- Wenn ja, durch wen?
- Wenn nein, warum nicht?
- e) Sind von anderer Seite Nachforschungen bekannt?
- f) Hat die nigerianische Regierung um solche Nachforschungen gebeten?

Die nigerianische Regierung ist bislang noch nicht mit einem Rechtshilfeersuchen an die Bundesregierung herangetreten. Zur Einleitung von förmlichen Ermittlungsverfahren bedarf es konkreter Angaben zu möglicherweise illegalen Geldtransfers. Die Bundesregierung ist dazu bereit, an der Auffindung illegaler Fluchtgelder im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten aktiv mitzuwirken.

17. Wie steht die Bundesregierung zur Forderung afrikanischer Nichtregierungsorganisationen, die z. T. hohen Schuldenlasten einiger Länder, auch Nigerias, über den Zugriff auf die Auslandskonten ehemaliger und gegenwärtiger korrupter Eliten aufzuheben?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass beide Bereiche aus rechtlichen Gründen getrennt zu behandeln sind. Deutsche Stellen unterstützen die Bemühungen der nigerianischen Regierung um Auflösung problematischer Auslandskonten.

18. Unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung solche Vorschläge für geeignete Instrumente der Entschuldung und wird sie an deren Nutzung mitarbeiten?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung setzt sich bilateral und in den zuständigen internationalen Gremien mit Nachdruck für die Bekämpfung von Korruption und für die Förderung von guter Regierungsführung ein.

Anlage**Folgende Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft haben den Bundesminister des Auswärtigen nach Nigeria begleitet:**

Frau Bianca Buchmann, Geschäftsführerin, Hospitale Engineering GmbH
Herr Werner Buron, Project Manager, Julius Berger Nigeria PLC
Herr Stephan Diefenthal, Investment Manager, Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Herr Joseph L. Dintzner, Business Development Manager, Bilfinger und Berger Bauaktiengesellschaft
Herr Heiner Fahnenstich, Aufsichtsratsvorsitzender, KAB Kraftwerks- und Anlagenbau
Herr Gerhard Gauff, Geschäftsführender Gesellschafter, H.-P. Gauff Ingenieure GmbH & Co.
Herr Didmar Heinzl, Leiter Geschäftsentwicklung Boden- und Schiffssysteme, DaimlerChryslerAerospace
Herr Konsul Hans-Jörg Hübner, Geschäftsführer, GfG Gesellschaft für Gerätebau
Herr Paul Mengede, Tridelta GmbH
Herr Carsten Nordmann, Vorsitzender, Afrika-Verein
Herr Wolfgang Pfeiffer, Managing Direktor, ABB Nigeria
Herr Dr. Jörg Scharf, Geschäftsführer, Sket Walzwerktechnik GmbH
Herr Dr. Peter Transfeld, Geschäftsführender Gesellschafter, Öhmi AG
Herr F. Stefan Winter, Leiter der Abteilung Internationale Märkte, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Herr Dr. Axel Wippermann, Mitglied des Vorstandes, Ferrostaal AG
Herr Michael Woerfel, President Southern African Branch, DaimlerChrysler Aerospace

Folgende Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen haben den Bundesminister des Auswärtigen nach Nigeria begleitet:

Herr Dr. Stefan Cramer, Afrika-Referent, Heinrich-Böll-Stiftung
Frau Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche
Herr Thomas Gebauer, Geschäftsführer, Medico International e. V.
Frau Marion Lieser, Leiterin Auslandsprojekte, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
Herr Dr. Jochen Motte, Referatsleiter, Vereinte Evangelische Mission
Herr Jürgen Nikolai, Abteilungsleiter Afrika, Misereor
Herr Dr. Gerhard Schmalbruch, Stellvertretender Generalsekretär, Deutsche Welthungerhilfe
Herr Gero Schmitz, Geschäftsführer, Deutsche Afrika-Stiftung
Herr Dr. Michael Wiehen, Vorsitzender der deutschen Sektion, Transparency International
Herr Dr. Herbert Wulff, Direktor, Bonn International Center for Conversion (BICC)